

chen zu können, *Lucy Chebaut* dabei zu erleben, wie sie das geltende Abstammungsrecht smasht – der djb ist das Netzwerk für feministische Juristinnen.

Schließen möchte ich mit einem herzlichen Dank an die vielen Kolleginnen und Freundinnen, die ich jetzt noch nicht genannt habe, die mich bei dieser Arbeit unterstützt, inspiriert

und motiviert haben. Meiner Familie danke ich für ihren unermüdlichen Stolz und ganz besonders *Julian Valentiner* für viel Geduld, wenn ich beim Promovieren mal wieder „auf der anderen Seite vom Spaß stand“.

Vielen Dank für den schönen Abend, vielen Dank für den Marie-Elisabeth-Lüders-Wissenschaftspreis!

Veranstaltungsnotiz zu „Geschlechtliche Selbstbestimmung – ein Thema für den djb?!”

Am 21.04.2022 hat die Veranstaltung zu geschlechtlicher Selbstbestimmung mit einem Einführungsvortrag von *Susanna Roßbach* (djb-Kommission Zivil-, Familien- und Erbrecht) und einer anschließenden Podiumsdiskussion mit *Friederike Boll* (Rechtsanwältin, Frankfurt am Main); *Kalle Hümpfner*, (Fachreferent*in für gesellschaftspolitische Arbeit, Bundesverband Trans*, Berlin) und Prof. Dr. *Anna Katharina Mangold* (Professorin für Europarecht an der Europa-Universität, Flensburg und Vorsitzende der djb-Kommission Europa- und Völkerrecht), stattgefunden. Die Veranstaltung mit über 150 Teilnehmer*innen wurde aufgezeichnet und kann unter <https://www.djb.de/termine/details/v220328> nachgeschaut werden. Der djb wird sich im Rahmen des Leitbild-Prozesses auch intern weiter mit dem Thema geschlechtliche Selbstbestimmung beschäftigen.

DOI: 10.5771/1866-377X-2022-2-85

Aktuelle Pressemitteilungen und Stellungnahmen

Pressemitteilungen

- 22-17 vom 24.06.2022: Bündnis Istanbul-Konvention fordert Aufbau einer staatlichen Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention
- 22-16 vom 24.06.2022: Deutscher Juristinnenbund begrüßt Bundestagsbeschluss zur Abschaffung von § 219a StGB
- 22-15 vom 20.06.2022: Anhörung im Bundestag zur Entlastung Alleinerziehender: djb begrüßt vorgeschlagene Maßnahmen und fordert beim Entlastungsbetrag sozial gerechtere Ausgestaltung
- 22-14 vom 17.05.2022: Abschaffung des § 219a StGB ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der reproduktiven Selbstbestimmung, weitere Maßnahmen sind erforderlich
- 22-13 vom 03.05.2022: djb stellt bundesweite Untersuchung zu Diskriminierung in mündlichen Prüfungen in juristischen Staatsexamina vor
- 22-12 vom 26.04.2022: Juristinnenbund begrüßt Einigung auf ein Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act) der EU

Stellungnahmen

- 22-11 vom 17.06.2022: Stellungnahme: zu den Reformplänen im Familienrecht
- 22-10 vom 17.06.2022: Stellungnahme: zur Öffentlichen Anhörung des FSFJ-Ausschusses im Bundestag am 20.06.2022 zum Thema „Alleinerziehende in der aktuellen hohen Inflation nicht allein lassen“
- 22-09 vom 16.05.2022: Stellungnahme: zum Gesetzesentwurf zur Aufhebung des Verbots der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch (§ 219a StGB)
- 22-08 vom 13.05.2022: Stellungnahme: zur möglichen Ausgestaltung der neuen Rechtsverordnungen über Beurteilungen und Erprobungen in der nordrhein-westfälischen Justiz (Umsetzung des Rechtssatzvorbehalt bei dienstlichen Beurteilungen)
- 22-07 vom 10.05.2022: Stellungnahme: zum Vorschlag für eine VO des EP und des Rates über harmonisierte Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung (Datengesetz) vom 23.02.2022
- 22-06 vom 04.05.2022: Stellungnahme: djb zum Vereinbarkeitsrichtlinienumsetzungsgesetz – VRUG